

Wintersession 2017



«Im Energiebereich hat der Ständerat die Marschrichtung klar vorgegeben»

Beat Rieder, Ständerat

Die Bundesfinanzen weisen für 2018 Rekordausgaben von 71 Milliarden Franken aus. Was lässt sich gegen diese Entwicklung unternehmen?

«Wenn man den Trend zu immer mehr Ausgaben bremsen will, muss man bereit sein, auch die ganz grossen Posten anzupacken. Das sind die Bereiche Gesundheit und Bildung. Ich sehe im Parlament keinen Willen, daran etwas zu ändern. Demgegenüber mache ich einmal wertfrei die Feststellung, dass der Beitrag an Schweiz Tourismus für 2018 um weitere zwei Millionen gesenkt wurde.»

Der Nationalrat möchte die Löhne der Chefs von bundesnahen Betrieben auf eine halbe Million Franken beschränken. Wäre das auch in Ihrem Sinne?

«Ich bin auch für eine Senkung der Spitzenlöhne bei Post, SBB und anderen bundesnahen Betrieben. Von einer pauschalen Senkung um rund die Hälfte halte ich aber nichts. Sie ist, unbeschrieben von Betrieb und Leistung der Chefs, falsch und wird der Sache nicht gerecht.»

Das Parlament folgte in Sachen Verkehrsraser Ihrem Vorschlag. Es gibt keine pauschalisierten Mindeststrafen mehr. Zufrieden?

«Ja, sehr. Die aufgrund emotionaler Eindrücke im Nachgang zu einigen schweren Unfällen erfolgten Gesetzesexzesse wurden korrigiert. Man kehrte zurück zur Vernunft. Es gibt keine pauschalen Verurteilungen von Rasern mehr. Das heisst aber nicht, dass schwere Vergehen nicht weiterhin mit mehrjährigen Zuchthausstrafen geahndet werden können. Entscheidend ist, dass die Richter jetzt im Einzelnen mehr Beurteilungsspielraum erhalten.»

Der Um- und Ausbau der Stromnetze erhält eine Klausel zugunsten der Wasserkraft, in der Einigungskonferenz vom Ständerat erzwungen. Der Nationalrat fühlte sich erpresst...

«Wir haben niemand erpresst. Wir haben uns mit unseren Argumenten durchgesetzt. Wir wollen eine weitere Förderung der Alternativen Energien und der Wasserkraft. Aus meiner Sicht hat der Ständerat damit die Marschrichtung im Energiebereich klar vorgegeben. Warten wir ab, wie es nach 2022 weitergeht. Bis dahin muss das neue Marktdesign des Bundesrates vorliegen.»

Umfrage: Thomas Rieder